

BISS-Redebeitrag: 04.02.2015, Lichterkette ums Rathaus

Im Namen der BISS e.V. begrüßen wir alle, die bei der beeindruckenden Lichterkette ums Braunschweiger Rathaus mitgewirkt haben – wir danken Euch!

Am Mittwoch, dem 28. Januar 2015, haben sich Verwaltung und Politik der Stadt Braunschweig einen **historischen Fauxpas** geleistet. Wenn wir jetzt nicht massiv Druck machen, wird dieser Tag in die Geschichte eingehen als der Tag, an dem - ohne Not - die Atommülldrehscheibe Braunschweig auf den Weg gebracht wurde.

An diesem Tag hat zunächst der Planungs- und Umweltausschuss entschieden: Der neue Bebauungsplan geht in die Offenlage. Dieser Plan ermöglicht den Firmen massive Erweiterungen. Direkt danach hat der **nichtöffentliche** Verwaltungsausschuss dem **abschließend** zugestimmt.

- Hinter verschlossenen Türen! - Alle Änderungsanträge wurden vom Tisch gewischt. **Man wollte den Rat nicht entscheiden lassen. Man schloss die Öffentlichkeit aus. Ist das noch Demokratie?**

Ergebnis: Die Firmen dürfen erweitern. Der Platz ist da.

Umweltminister Wenzel machte Anfang Januar deutlich: Entscheidend ist die Bauleitplanung der Stadt. Mit anderen Worten: Braunschweig selbst war gefragt, wenn es darum ging, den Karren noch aus der Atommülldrehscheibe zu ziehen. Und sie hat auf ganzer Linie versagt.

Gern wird der Öffentlichkeit suggeriert, man wolle keine Erweiterung am Standort. Tatsächlich kann mit dem neuen Bebauungsplan die Produktion erhöht werden. Eckert & Ziegler spekulierte in einem Investorenforum auf 50,000 Konrad-Container – Ebenso auf ihrer eigenen Webseite, die plötzlich geändert wurde, nachdem wir dies veröffentlicht hatten. 50000 Konrad-Container – IN BRAUNSCHWEIG Neben Wohnhäusern und Schulen - und der neue B-Plan gibt das her!

Faktisch sind die Firmen keineswegs eingeschränkt, denn Grundlage sind weiterhin die bestehenden Genehmigungen. Die werden bislang aber nur zu 5-10% ausgenutzt. **Jeder Konzern wird versuchen, bei Bedarf das Erlaubte auszuschöpfen. In Braunschweig bietet sich das geradezu an.**

Die firmenseitige Behauptung, es gehe lediglich um eine Modernisierung, steht ebenfalls auf tönernen Füßen: Welche Firma gäbe Geld aus, nur um eine schönere Halle zu haben? Welche Firma würde freiwillig Land erstehen, um den Bestandsbetrieb sicherer zu gestalten, **ohne** sich zugleich zu **erweitern**?

Und was ist mit dem Inventar? Niemand sagt genau, was auf dem Gelände liegt. **So** ist eine Risikoanalyse unmöglich! Gerade beim Inventar gibt es Grund zum Nachhaken: Wurden doch 2012 den Landtagsgrünen 99,5% des radioaktiven Inventars verschwiegen. **Ohne die Feststellung des Inventars kann keine Maßnahme Sicherheit schaffen!**

Wir befinden uns in einer Lage, die mit Ritterhude vergleichbar ist, wo ebenfalls ein gefährlicher Industriebetrieb über Jahre und trotz Warnungen protegiert wurde. Die dortige Anlage ist explodiert. Bei einem Brand in Braunschweig wäre die gesamte Region betroffen. Dass in einem solchen Fall eine Evakuierung der SchülerInnen und Schüler oder der Anwohnerschaft unmöglich wäre, liegt bei einer Entfernung von nur 50 Metern auf der Hand.

Der neue Bebauungsplan straft die Behauptung OB Markurths Lügen, er wolle die größtmögliche Sicherheit am Standort. **Die Sicherheit wäre weit höher, wenn die Stadt den Mut gehabt hätte, ihre Bürger mit einem Bebauungsplan zu schützen, der die Erweiterung verhindert.**

Die Entscheider, aber auch generelle Befürworter wussten das, vor allem:

SPD und CDU.

Hauptargument der Befürworter war die Notwendigkeit, **Rechtssicherheit** zu schaffen. Um die Sicherheit **der Menschen** ging es nicht, um Gesundheit ging es nicht, und die Nähe zu Schulen und Wohnhäusern hat sich auch nicht geändert. Haben Anwohnerinnen und Anwohner keine Rechte?

Ein Bebauungsplan, der die Erweiterung von Firmen zulässt, die Atommüll konditionieren, also schreddern, verdampfen, verbrennen, ist ein Skandal!

Ein Bebauungsplan, der dieselbe Halle zulässt, deren Bau er verhindern sollte, ist ein Skandal!

Ein Bebauungsplan, der Erweiterungen für Firmen zulässt, die schon jetzt, im Normalbetrieb, ein höheres radiologisches Risiko für Anwohner bedeuten als ein AKW, ist ein Skandal!

Und wir werden dagegen vorgehen.

Dieser Standort würde unwidersprochen heute nicht mehr genehmigt werden;

Genehmigungen in dieser Höhe würden heute nicht mehr erteilt. **Aber zurücknehmen will man diese alten Fehler nicht – der behauptete Bestandsschutz der Firmen zählt offenbar mehr als die Gesundheit der Menschen.** Und diese Stadt, Braunschweig, brüstet sich zugleich mit einer neuen integrierten Stadtentwicklungsplanung?!? Mit Atommülldrehscheibe?

Hallo Verwaltung der Stadt Braunschweig, hallo CDU und SPD im Rat der Stadt Braunschweig, hallo Landtag Niedersachsen mit den Braunschweiger Abgeordneten, die teils nicht zuletzt in den Landtag gewählt wurden, weil sie die Atommülldrehscheibe verhindern sollten: Könnte vielleicht Folgendes der Fall sein?

Die Atomfirmen steigen Ihnen aufs Dach und drohen mit Klagen?

Der Bund will Braunschweig ausbauen, weil es bundesweit nur sechs Konditionierungsanlagen gibt und Duisburg bald schließt?

Dann halten Sie endlich dagegen, statt weitere Fehler zu begehen und verantwortungslos alte zu zementieren! Die Vergleichbarkeit mit der Asse ist ohnehin schon gegeben – Verharmlosung, Fädenziehen im Hintergrund, und, und, und... Treiben Sie den Vergleich nicht so weit, dass wir hier auch havarieren!

Die Stadt Salzgitter, allen voran ihr Oberbürgermeister, Herr Frank Klingebiel, hat sich öffentlich gegen Schacht Konrad ausgesprochen. Warum betreibt Braunschweig die Erweiterung einer Firma, die für die Einlagerung in Schacht Konrad konditioniert?

„Denn Sie wissen nicht, was Sie tun?“ Oh doch, Sie wussten alles. Wir haben Ihnen die Informationen gegeben. Aus der Nummer kommen Sie nur noch raus, indem Sie den Bebauungsplan ändern.

Lesen Sie endlich nicht nur die beschwichtigenden Hochglanzbroschüren der Firmen, sondern auch die offiziellen Messberichte. Nehmen Sie die Fakten zur Kenntnis, statt ständig zu behaupten, es gäbe sie nicht! Schützen Sie endlich die Bürgerinnen und Bürger, schützen Sie die Familien!

Wenn Sie dazu nicht bereit sind, übernehmen Sie die politische Verantwortung.

Dank Verwaltung und Ratsgremien der Stadt Braunschweig sind Tür und Tor geöffnet für eine nationale Atommülldrehscheibe in Braunschweig. Dieser Verantwortung können Sie nicht entfliehen!

Mit der Entscheidung vom letzten Mittwoch haben Verwaltung, Planungs- und Umweltausschuss und Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig ihre Stadt und ihre Bürger verraten.

Wir fordern eine Änderung des B-Plans mit öffentlicher Debatte im Rat!

Wir fordern eine eindeutige Aussage gegen die Ausweitung der Atomfirmen und entsprechendes Handeln!

Es geht um das Image Braunschweigs und der ganzen Region.

Es geht um unser aller Gesundheit und Leben.

Wir nehmen diesen Bebauungsplan nicht hin:

WEG MIT DEM DRECK!

WEG MIT DEM DRECK!

WEG MIT DEM DRECK!